

## 16. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion der SPD und der Linksfraktion

#### **Berliner Initiative für Klima- und Umweltschutz (I): Atomenergie bleibt draußen, stattdessen mehr Strom aus erneuerbaren Energien und Lieferverträge mit verpflichtender Energieeinsparung**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird beauftragt sicherzustellen, dass für alle Gebäude, die dem Land Berlin gehören oder von ihm genutzt werden, Stromlieferungen zukünftig mindestens zu 50 % aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und mindestens zu 20 % aus erneuerbaren Energien stammen. Die KWK-Mindestquote kann durch erneuerbare Energien ersetzt werden. Atomstrom darf weiterhin nicht bezogen werden.

Mit allen Lieferverträgen für landeseigene Gebäude werden die Lieferanten leitungsgebundener Energien (Strom, Gas, Fernwärme) zu einer jährlichen Energieeinsparung von mindestens 1 % verpflichtet. Die Energieeinsparung umfasst dabei ausschließlich zusätzliche Maßnahmen des Energieversorgers. Diese Vorgabe wird bei allen künftigen Energiebezugsverhandlungen und -ausschreibungen berücksichtigt, laufende Verträge werden entsprechend nachverhandelt.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals zum 31.12.2007 über die Umsetzung der Maßnahmen zu berichten und dann regelmäßig alle zwei Jahre.

#### *Begründung:*

Die dauerhafte Sicherung der Energieversorgung und der Schutz des Klimas sind zwei untrennbar miteinander verbundene Herausforderungen, die alle Menschen dieser Erde und die ihnen nachfolgenden Generationen existentiell betreffen. Während der Energieverbrauch weltweit stetig wächst und die Öl- und Gaspreise steigen, kommen die Klimaforscher zu immer neuen, dramatischeren Erkenntnissen über den bereits stattfindenden Klimawandel. Die einzig angemessene Antwort auf diese Herausforderung ist eine Effizienzrevolution bei der Nutzung von Energieträgern, kombiniert mit dem konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien. Dieser Verantwortung stellt sich das Land Berlin auch beim Strombezug für alle öffentlichen Liegenschaften.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

[www.parlament-berlin.de](http://www.parlament-berlin.de) (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

Zu einer nachhaltigen Energiepolitik gehört selbstverständlich auch der Verzicht auf die Atomkraft. Für das Berliner Abgeordnetenhaus steht fest: Der 2001 für Deutschland vereinbarte Atomausstieg gilt. Die Unfallrisiken der Atomenergie sind zu hoch und unverantwortlich. Die sichere Entsorgung ist weiter offen, der strahlende Atommüll bleibt uns für zehntausende Jahre erhalten. Atomenergie ist nicht zukunftsfähig.

Berlin, den 27.06.2007

Müller Buchholz  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Bluhm Platta  
und die übrigen Mitglieder der Linksfraktion

## 16. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion der SPD und der Linksfraktion

#### **Berliner Initiative für Klima- und Umweltschutz (II): Die Sonne stellt keine Rechnung: Erneuerbare Energien stärker nutzen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird beauftragt, entsprechend dem Vorbild vieler privater Hausbesitzer in Berlin alle geeigneten Dächer auf öffentlichen Gebäuden verstärkt für Solaranlagen zur Verfügung zu stellen. Diese sind entweder einzeln über die Solardachbörse zu vergeben, als Paketlösungen an gewerbliche Investoren wie im Bezirk Pankow oder nach dem Vorbild privat finanzierter Photovoltaik-Anlagen durch den Berliner Solarverein e.V. an engagierte Bürger. Ziel ist es, dass in drei Jahren mindestens die Hälfte aller geeigneten Dächer mit Photovoltaikanlagen ausgestattet ist.

Die Nutzung Erneuerbarer Energien aus Sonne, Wind, Erdwärme, Biomasse etc. ist im öffentlichen, gewerblichen und privaten Bereich wo immer möglich durch genehmigungsrechtliche Vereinfachungen und Hilfen aktiv zu unterstützen.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31.12.07 über die Umsetzung zu berichten.

#### *Begründung:*

Die dauerhafte Sicherung der Energieversorgung und der Schutz des Klimas sind zwei untrennbar miteinander verbundene Herausforderungen, die alle Menschen dieser Erde und die ihnen nachfolgenden Generationen existentiell betreffen. Während der Energieverbrauch weltweit stetig wächst und die Öl- und Gaspreise steigen, kommen die Klimaforscher zu immer neuen, dramatischeren Erkenntnissen über den bereits stattfindenden Klimawandel. Die einzig angemessene Antwort auf diese Herausforderung ist eine Effizienzrevolution bei der Nutzung von Energieträgern, kombiniert mit dem konsequenten Ausbau der Erneuerbaren Energien.

In den kommenden Jahren ist der Wechsel von den erschöpflichen zu den nachwachsenden und erneuerbaren Energien zu bewerkstelligen. Die Nutzung der Solarenergie spielt dabei auch in Berlin eine wichtige Rolle. Gleichzeitig ergeben sich deutliche Impulse für die Verbesserung der Beschäftigungs- und Umweltsituation in Berlin. Die Steigerung der Lebensqualität in der Stadt geht

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

[www.parlament-berlin.de](http://www.parlament-berlin.de) (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

einher mit dem Schaffen neuer Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Bereichen des Mittelstands und des Handwerks. Das in diese Bereiche investierte Geld fließt nicht in die erdöl- oder gasfördernden Länder, sondern entlastet unmittelbar das städtische wie das globale Klima von unnötigen Emissionen, fördert die lokale Wertschöpfung und steigert den Umsatz der örtlichen Handwerksbetriebe.

Berlin, den 27. Juni 2007

Müller Buchholz  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Bluhm Platta  
und die übrigen Mitglieder der Linksfraktion

## 16. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion der SPD und der Linksfraktion

#### **Berliner Initiative für Klima- und Umweltschutz (III) Nicht nur der Preis zählt: Ökologische Kriterien bei der Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen stärker berücksichtigen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird beauftragt, neben den wirtschaftlichen zukünftig auch ökologische Kriterien bei der Beschaffung von Produkten verbindlich zu berücksichtigen. Bei Beschaffung von Geräten oder Maschinen sind immer die im Energieverbrauch günstigsten zu erwerben. Das bedeutet auch, dass die ökologisch effizientesten Fahrzeuge beschafft oder geleast werden sollen.

Ausschreibungsverfahren nach der EU-Vergaberichtlinie sind so zu gestalten, dass ökologische Anforderungen sowohl an die zu beschaffenden Produkte oder Dienstleistungen wie auch an den Produzenten bzw. Leistungserbringer zu einem Drittel als zuschlagsentscheidende Kriterien genannt werden. Alle zugehörigen Ausführungsvorschriften sind bis Juni 2008 entsprechend anzupassen und auch für die Eigen- und Beteiligungsbetriebe verbindlich anzuwenden.

Über die Umsetzung ist dem Abgeordnetenhaus zum 30.06.2008 zu berichten.

#### *Begründung:*

Mit den „Ausführungsvorschriften für umweltgerechte Beschaffungen und Auftragsvergaben nach der Verdingungsordnung für Leistungen – ausgenommen Bauleistungen – AVUm VOL“ und dem Landesenergieprogramm 2006 - 2010 gibt es bereits maßgebliche Vorschriften für die klima- und umweltfreundliche Beschaffung. Bisher werden bei der öffentlichen Beschaffung von Produkten oder Dienstleistungen diese ökologischen Kriterien jedoch mitunter nur nachrangig berücksichtigt. Dies ist weder nachhaltig noch langfristig wirtschaftlich sinnvoll.

Die energieeffizientesten Geräte und Fahrzeuge amortisieren sich regelmäßig über die Dauer ihrer Nutzung, bieten vergleichbare Leistungsmerkmale und entlasten trotzdem die Umwelt durch einen geringeren Verbrauch an Energie und Ressourcen sowie einen geringeren Schadstoffausstoß.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

[www.parlament-berlin.de](http://www.parlament-berlin.de) (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

Unter dem Motto „Clever kühlen – Klima Schützen“ hat die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung im Sommer 2006 die ineffiziente Kühltür in ihren Räumen gegen moderne Geräte ausgetauscht. Insgesamt wurden im Rahmen der Aktion 400 energieverschwendende Kühltür-Oldies umweltgerecht entsorgt und gegen 300 energieeffiziente Neugeräte ausgetauscht. Diese Tauschaktion hat sich finanziell und umweltpolitisch gerechnet. Der Tausch erbrachte eine jährliche Stromersparung von rund 130.000 Kilowattstunden. Das entspricht dem durchschnittlichen Stromverbrauch von 40 Berliner Haushalten im Jahr. Insgesamt werden durch die Tauschaktion rund 80 Prozent der Energiekosten eingespart und der Landesetat um 10.000 Euro jährlich entlastet. Doch auch die Umwelt profitiert : Der Ausstoß des klimaschädlichen Kohlendioxids wurde um rund 70 Tonnen reduziert. Die Anschaffung der Kühltür wurde durch ein Contracting-Modell der Berliner Energieagentur finanziert. Dabei tragen sich die Kosten der Neuanschaffung durch den geringen Stromverbrauch der effizienten Neugeräte langfristig von selbst.

Die Anwendung von verbindlichen Umweltkriterien zu einem Drittel hat sich bereits bewährt, insbesondere bei der vom Abgeordnetenhaus geforderten Abfallausschreibung im Jahr 2003 mit einem Gesamtvolumen von rund einer halben Milliarde Euro. Sie kann daher ab sofort bei allen Ausschreibungen angewandt werden.

Berlin, den 27. Juni 2007

Müller Buchholz  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Blum Platta  
und die übrigen Mitglieder der Linksfraktion

## 16. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion der SPD und der Linksfraktion

#### **Berliner Initiative für Klima- und Umweltschutz (IV): Erfolgreiches Ressourcensparen an Schulen und Kitas unterstützen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird beauftragt, die erfolgreichen Projekte zum kind- und jugendgerechten Erlernen des sparsamen Umgangs mit Energie fortzuführen und möglichst flächendeckend in Berlin einzuführen. Eine Ausweitung der Projekte auf Einsparungen von Wasser und Abfall ist nach Möglichkeit vorzunehmen.

Der Senat setzt sich gegenüber den Berliner Schulen dafür ein, die Fifty-fifty-Projekte oder vergleichbare Initiativen zum Energiesparen deutlich auszudehnen. Ziel ist die freiwillige Mitwirkung aller Berliner Schulen an Maßnahmen zum Energiesparen bis zum Beginn des Schuljahres 2010/2011. Der Senat und die Bezirksämter haben sicherzustellen, dass die erreichten Einsparungen auch tatsächlich an die einzelnen Schulen und Kindertagesstätten weitergereicht werden.

In Berliner Kitas sind Projekte innerhalb des Berliner Bildungsprogramms im Bereich naturwissenschaftliche und technische Grunderfahrungen zum sparsamen Umgang mit Energie und Wasser und zur Vermeidung von Abfall zu initiieren. Für Lehrerinnen und Lehrer sowie für Erzieherinnen und Erzieher sind die Weiterbildungsangebote für Umweltbildung auszubauen.

Über die Umsetzung der Maßnahmen ist dem Abgeordnetenhaus zum 30.06.08, 30.06.09 und 30.06.10 zu berichten.

#### *Begründung*

Seit mehreren Jahren werden in Berlin erfolgreich Fifty-fifty-Projekte zur Umweltbildung durchgeführt. Das Ziel von Fifty-fifty ist es, den Verbrauch an Elektro- und Heizenergie durch Verhaltensänderungen der Nutzerinnen und Nutzer zu senken. Kern der Projekte ist ein finanzielles Anreizsystem, bei dem die eingesparten Betriebskosten für Energie zur Hälfte als Prämie an die Fifty-fifty-Schulen ausgezahlt werden. Davon profitieren alle Seiten: Die Schülerinnen und Schüler, weil sie lernen, verantwortlich mit knappen Umweltressourcen

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

[www.parlament-berlin.de](http://www.parlament-berlin.de) (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

umzugehen und die schulischen Einrichtungen. Es werden kostbare Energieressourcen geschont, Schadstoffemissionen verringert und schließlich wird der öffentliche Haushalt entlastet. Und die gesamte Schule kann sich von den Prämien nützliche Dinge anschaffen.

Bisher hat nicht einmal jede sechste Berliner Schule ein solches Fifty-fifty-Projekt durchgeführt. Angesichts des Gewinns für alle Beteiligten sollen spätestens in drei Jahren alle Berliner Schulen solche Projekte durchführen. Dabei sind nach Möglichkeit neben dem Energieverbrauch auch Einsparungen bei Wasser und Abfall einzubeziehen.

Im Bereich der Kindertagesstätten steht die kindgerechte und spielerische Auseinandersetzung mit Umweltfragen im Vordergrund. Auch Kitas sind Bildungseinrichtungen. Durch den Einsatz von Spiel- und Experimentierkoffern sowie die Durchführung von Projekttagen lassen sich beachtliche Erfolge im Bereich der Umweltbildung erzielen.

Berlin, den 27. Juni 2007

Müller Buchholz  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Bluhm Platta  
und die übrigen Mitglieder der Linksfraktion

## 16. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion der SPD und der Linksfraktion

#### **Berliner Initiative für Klima- und Umweltschutz (V): Ökologisches Wirtschaften entlastet die Umwelt und rechnet sich**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Das Abgeordnetenhaus setzt sich dafür ein, dass Unternehmen möglichst umweltfreundlich produzieren und sparsam mit den natürlichen Ressourcen umgehen. Hierzu sind neben ordnungsrechtlichen Vorgaben auch marktwirtschaftliche Anreizinstrumente einzusetzen. Bewährte Maßnahmen wie das Öko-Audit und vergleichbare anerkannte Umweltmanagementsysteme und das ÖKOPROFIT-Projekt sowie ähnliche Initiativen sind weiter zu unterstützen und zu fördern. Unternehmen, die nach EU-Öko-Audit oder DIN-ISO 14001 oder vergleichbaren Zertifikaten bzw. im Rahmen von Umweltmanagementsystemen zertifiziert sind, sollen bei der Auftragsvergabe und in der öffentlichen Beschaffung bevorzugt werden.

Der Senat wird beauftragt, folgende Maßnahmen für eine Stärkung des ökologischen Wirtschaftens umzusetzen:

1. Das Umweltentlastungsprogramm II im Rahmen der EFRE-Förderung 2007-2013 soll auch weiterhin die Finanzierung von Umweltentlastungsmaßnahmen mit den zusätzlichen Schwerpunkten bei Gewässerschutzmaßnahmen, erneuerbaren Energien und Energieeffizienz ermöglichen. Auch die Wirtschaftsförderung hat den Kriterien einer nachhaltigen Entwicklung zu entsprechen. Daher sind EU-Fördermittel gemäß der EU-Strukturfondsverordnung auch unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsparametern zu vergeben.
2. Das Projekt „Klimaschutz und Beschäftigung“ ist weiterzuführen. Im Rahmen des Projekts ist ein „Masterplan Energetische Gebäudesanierung“ zu erstellen.
3. Im Rahmen der Umweltallianz ist die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Verwaltung zu intensivieren. Im Mittelpunkt sollen dabei nicht nur Vollzugserleichterungen, sondern auch der Dialog und neue Akzente der Öffentlichkeitsarbeit stehen. Neben den bisherigen Partnern der Umweltallianz sollen Hochschulen mit einbezogen werden. Ziel ist der Abschluss von Kooperationsvereinbarungen.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

[www.parlament-berlin.de](http://www.parlament-berlin.de) (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

4. Regionale Wirtschaftskreisläufe sind zu stärken, indem die Bildung regionaler Netzwerke zwischen Wissenschaft und KMU angeregt und das Potenzial der Öffentlichen Hand zur Schaffung regionaler Nachfrage besser ausgeschöpft wird. Das Land Berlin soll verstärkt Branchen fördern, die ihre wirtschaftlichen Vernetzungen und einen hohen Anteil ihrer Wertschöpfung in der Region haben.

5. Mit den landeseigenen Unternehmen sind Umweltpartnerschaften abzuschließen, in denen sich diese zu verbindlichen Zielen und Maßnahmen verpflichten.

Über die Umsetzung der Maßnahmen ist dem Abgeordnetenhaus zum 31.12.07 und 31.12.08 zu berichten.

Berlin, den 27. Juni 2007

Müller Buchholz  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Bluhm Platta  
und die übrigen Mitglieder der Linksfraktion

## 16. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion der SPD und der Linksfraktion

#### **Berliner Initiative für Klima- und Umweltschutz (VI): Energieverbrauch der öffentlichen Berliner Gebäude und Einrichtungen mit Landesbeteiligung umfassend senken**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, den Energieverbrauch öffentlicher Gebäude und der Gebäude landeseigener Unternehmen schneller als bisher zu senken. Im Gebäudebestand sind umfassende Wärmeschutzsanierungen vorzunehmen. Hierzu ist auch das Modell der öffentlich-privaten Energiesparpartnerschaften (Contracting) verstärkt einzusetzen mit dem Ziel, in die Contractingverträge die Pflicht zur Erreichung von Wärmeschutzstandards aufzunehmen.

Um die Betriebskosten aller Gebäude zu senken bzw. zu stabilisieren, soll bis 2011 ein wesentlicher Anteil (mindestens 25 %) der noch nicht energieoptimierten öffentlichen Gebäude entweder vom Land saniert oder in entsprechende Contractingverträge mit Wärmeschutzsanierung eingebunden werden. Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften werden ebenfalls aufgefordert, verstärkt ihren Wohnungsbestand energetisch zu optimieren, wobei eine sozialverträgliche Mietentwicklung zu gewährleisten ist.

Es sind verbindliche Vorgaben zur Energieeffizienz für alle landes- und bezirkseigenen Gebäude zu definieren. Für öffentliche Gebäude ist regelmäßig ein Wirtschaftlichkeitsvergleich zwischen der Beibehaltung des Status Quo und Investitionen zur Energieeinsparung nach dem Stand der Technik vorzunehmen. Alle öffentlichen Einrichtungen, öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Unternehmen mit Landesbeteiligung haben bis zum 31.12.2007 über ihre bisherigen CO<sub>2</sub>-Minderungsmaßnahmen zu berichten und zu begründen, warum sie ggf. noch keine Energiesparmaßnahmen durchgeführt oder Einsparverträge abgeschlossen haben.

Anschließend haben sie regelmäßig, gestaffelt nach dem erreichten Stand der Energieeffizienz, zu berichten. Bei einem sehr hohen Stand ist ein erneutes Monitoring nach sechs Jahren vorzunehmen, bei einem mittleren Stand nach drei Jahren und bei einer geringen Energieeffizienz bereits nach einem Jahr.

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

[www.parlament-berlin.de](http://www.parlament-berlin.de) (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

Das Facility-Management für öffentliche Gebäude und Einrichtungen wird bis spätestens Juni 2008 um ein Umweltmanagement ergänzt, das sowohl zur Entlastung der Umwelt als auch zur Reduzierung bzw. Stabilisierung der Betriebskosten beiträgt. Für alle in öffentlicher Nutzung befindlichen Gebäude wird ein bedarfsorientierter Energieausweis erstellt und ein Energiemanagement aufgebaut. Auch die „Berlin Immobilien Management“ (BIM) hat dies für alle von ihr bewirtschafteten bzw. vermieteten Gebäude verbindlich sicherzustellen. Der Senat soll daraufhin wirken, dass der Abbau des Sanierungsstaus an den Gebäuden des SILB aus dort gebildeten Rücklagen erfolgt und dabei der neueste technische Standard im Energiesparbereich eingesetzt wird.

Ergänzend zu diesen Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz ist auch bei der Versorgung mit Energie und Wärme schneller als bisher umzusteuern. Nach dem Anschluss an Fern- und Wärmenetze ist der Einsatz dezentraler, energiesparender Heizsysteme (z. B. Solarthermie, Mikro-Kraftwärmekopplung) zu unterstützen.

Dem Abgeordnetenhaus ist über die Umsetzung der Maßnahmen zum 31.12.2008 und 31.12.2009 zu berichten.

### *Begründung*

Die zur Verfügung stehenden Instrumente und Möglichkeiten zur Energieeinsparung sollen von öffentlichen Einrichtungen und den Unternehmen mit Landesbeteiligung verstärkt genutzt werden. Das ist im Interesse des Klimaschutzes, aber auch haushaltspolitisch geboten. Die jährlichen Ausgaben für Energie und Wärme aller öffentlichen Gebäude Berlins belaufen sich auf mehr als 150 Millionen Euro pro Jahr, so dass schon eine geringe Energieeinsparung zu spürbaren Entlastungen im Haushalt führen kann.

Gleichzeitig ergeben sich deutliche Impulse für die Verbesserung der Beschäftigungs- und Umweltsituation in Berlin. Die Steigerung der Lebensqualität in der Stadt geht einher mit dem Schaffen neuer Arbeitsplätze in zukunftsfähigen Bereichen des Mittelstands und des Handwerks. Dies wird insbesondere durch die energetische Modernisierung des Gebäudebestandes und die Ausweitung des Einsatzes erneuerbarer Energien gelingen. .

Das erfolgreiche und bundesweit beachtete Modell der Energiesparpartnerschaften ist ein gutes Beispiel, wie die ökologische Modernisierung einen Beitrag zur Kostenentlastung, der Ressourcenschonung und der Schaffung von Arbeitsplätzen leistet. Diese positive Entwicklung ist nicht nur zu beschleunigen, sondern auch in eine neue Phase zu überführen. Künftig sind die Potentiale der Energieeffizienz stärker auszuschöpfen, indem die Gebäude nicht nur neue Heizungsanlagen, sondern auch eine Wärmeisolierung und – wo wirtschaftlich vertretbar und technisch möglich – regenerative Energiesysteme erhalten.

Berlin, den 27. Juni 2007

Müller Buchholz  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Bluhm Platta  
und die übrigen Mitglieder der Linksfraktion

## 16. Wahlperiode

---

### Antrag

der Fraktion der SPD und der Linksfraktion

#### **Berliner Initiative für Klima- und Umweltschutz (VII) Baustoffe nur aus nachhaltiger Produktion**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird beauftragt, durch verbindliche Beschaffungsregeln und Ausführungsvorschriften sicher zu stellen, dass nur Holz und Holzprodukte einkauft und verwendet werden, die aus nachweislich legaler und nachhaltiger Waldbewirtschaftung stammen. Entsprechende Produkte müssen mindestens das international anerkannte und anspruchsvolle FSC-Siegel (Forrest Stewardship Council) oder gleichwertige Siegel tragen. Diese Vorgaben sind für alle Berliner Verwaltungen und die Eigen- und Beteiligungsbetriebe verbindlich anzuwenden.

Bei der Planung und Bauausführung sind nur solche Materialien vorzusehen bzw. zu verwenden, die hinsichtlich Gewinnung, Transport, Verarbeitung, Funktion und Entsorgung eine hohe Gesundheits- und Umweltverträglichkeit sowie eine hohe Lebensdauer aufweisen und nicht aus Kinderarbeit stammen. Baustoffe sollen stofflich oder energetisch verwertbar sein. Bauteile oder Produkte aus Tropenholz sind nur dann zu verwenden, wenn sie gemäß FSC oder gleichwertig zertifiziert sind.

#### *Begründung*

Das Land Berlin hat sich frühzeitig seiner Verantwortung für die Zukunft seiner Wälder gestellt und konsequent auf eine ökologisch hochwertige Waldbewirtschaftung gesetzt. Der gesamte Berliner Landeswald wurde bereits im Jahre 2001 nach den Regeln des FSC und ergänzend nach den Bestimmungen der Organisation Neuland zertifiziert.

Bereits 1989 wurde in Berlin zum Schutz der Regenwälder grundsätzlich die Verwendung von Tropenholz bei öffentlichen und öffentlich geförderten Baumaßnahmen verboten. Inzwischen existieren international anerkannte und anspruchsvolle Zertifikate, die verbindlich in die Beschaffungs- und Vergaberichtlinien des Landes Berlin aufzunehmen sind und auch für die Eigen- und Beteiligungsbetriebe gelten sollen.

Damit nimmt Berlin auch seine Verantwortung aus der Mitgliedschaft im Klimabündnis europäischer Städte mit den indigenen Völkern des Regenwaldes

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

[www.parlament-berlin.de](http://www.parlament-berlin.de) (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

für den Erhalt der Erdatmosphäre wahr. Es ist ein deutliches Signal für eine umweltgerechte, sozialverträgliche und wirtschaftlich tragfähige Bewirtschaftung der Wälder weltweit.

Den Waldbeständen kommt eine herausragende Bedeutung für das Klima und die Bewahrung der biologischen Vielfalt zu. Die anspruchsvollen Beschaffungsregeln verhindern Raubbau, illegalen Holzeinschlag sowie die Zerstörung und Degradierung von ökologisch wichtigen Wäldern.

Berlin, den 27. Juni 2007

Müller Buchholz  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der SPD

Bluhm Platta  
und die übrigen Mitglieder der Linksfraktion